



Erwerbslosen Forum Deutschland – Schickgasse 3 – 53117 Bonn

Geschäftsführung
der Arge Bonn
Herrn Dieter Liminski
Rochusstr. 6

53123Bonn
vorab per Telefax 0228/774957

Erwerbslosen Forum Deutschland
c/o Martin Behrsing
Schickgasse 3
53117 Bonn
Ruf: 0228 249 55 94
Mobil: 0160 99 27 83 57
Fax: 0228 180 190 99
info@erwerbslosenforum.de
www.erwerbslosenforum.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Mein Zeichen
ArgeBN gf/

Datum
20.04.2008

Ihr offener Brief an das Erwerbslosen Forum Deutschland

Sehr geehrter Herr Liminski,

in Beantwortung Ihres offenen Briefs vom 14.04.2009 (Eingang 16.04.2009) an das Erwerbslosen Forum Deutschland, teile ich Ihnen – ebenfalls im Form eines offenen Briefs - mit, dass es das gute Recht – auch und gerade von Bonner Arbeitssuchenden – ist, öffentlich gegen eklatante Missstände der ARGE Bonn, für die Sie als Geschäftsführer verantwortlich sind, zu protestieren. Wir weisen darauf hin, dass der geplante Protest eine Veranstaltung von „agentschluss“ (Zusammenschluss vieler Initiativen) ist und sich das Erwerbslosen Forum Deutschland auch daran mit beteiligt. Eine etwaige Federführung durch uns gibt es nicht.

Von sachgerechter Arbeit der ARGE Bonn für Betroffene kann allerdings schon seit längerer Zeit nicht mehr die Rede sein. Wiederholt wurden Sie in der Vergangenheit durch verschiedenste Interessenvertretungen dazu angemahnt (zuletzt durch die Verleihung der „Sauren Gurke“ der Gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppe Bonn am Aschermittwoch), Missstände zu beseitigen, die in Ihrem Entscheidungsbereich liegen. Bisher haben Sie sich allerdings nicht einer Diskussion gestellt. Vielmehr stellen Sie Behauptungen auf, die nicht den Tatsachen entsprechen und diskreditieren z. B. den Vorfall am 6. Februar oder die geplante Aktion „Zahltag“ von „agentschluss“ am 4. Mai als „Schauveranstaltungen“.

So haben Sie zu dem Vorfall am 06.02.2009 gegenüber mindestens einem Vertreter der Presse geäußert, dass die Personen, die von uns begleitet wurden, überhaupt keine Begleitung gewollt hätten. Weiterhin wären wir „sehr provozierend als Begleiter von Kunden aufgetreten“ und es habe „sehr unschöne verbale Attacken“ gegeben. Zudem haben Sie in einem Schreiben an Herrn Martin Behrsing (10.02.2009) folgendes behauptet: „unbeteiligte Kunden wurden an der Vorsprache am Kundenportal gehindert, indem der Zugang zu den Schaltern durch körperliche Präsenz versperrt wurde“. Dies sind nur einige Beispiele der von Ihnen öffentlich transportierten Behauptungen, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.

Wir fordern Sie auf, derartige Behauptungen in Zukunft zu unterlassen.

Sie werden verstehen, dass durch Ihre Darstellung eine sachliche Auseinandersetzung erheblich erschwert ist, weil die von Ihnen erhobenen Vorwürfe und dessen öffentliche Darstellung nicht



zutreffend sind. Sie sind vielmehr dazu geeignet, uns öffentlich zu diskreditieren. Es trifft nun mal auch nicht zu, dass Ihre „Kunden“, wie Sie Hartz IV-Betroffene bezeichnen, jederzeit Lösungen mit ihren persönlichen Ansprechpartnern/Fallmanagern bei konkreten Problemen suchen könnten. Ebenso haben Befragungen ergeben, dass kaum ein Bonner Arbeitsuchender die Einrichtung des Beschwerdemanagement kennt. So wissen wir zumindest von einem Fall, dass eine entsprechende Weitergabe an das Beschwerdemanagement seit über einem Jahr nicht beantwortet wurde. Es grenzt allerdings nahezu an Zynismus, wenn Sie auf den Weg des Widerspruchs und der Klage verweisen.

Es gibt nach wie vor eklatante Missstände, die jederzeit durch die Geschäftsführung behoben werden könnten. Als jüngstes Beispiel nennen wir nur die seit Anfang April eingeführte Praxis der ARGE Bonn, wonach die Mitarbeiter angeblich Anweisungen hätten, dass der Eingang von persönlich abgegebenen Schriftstücken nicht mehr bestätigt würde. Uns sind dazu einige Beschwerden eingegangen. Dabei liegt uns ein Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vor, wonach die ARGEn nicht berechtigt sind, dies zu verweigern. Ebenso ist es nicht hinnehmbar, dass bei immer mehr Bonner Erwerbslosen die Antragsbearbeitung unnötig verschleppt wird, weil angeblich Unterlagen fehlen würden, obwohl sie oft mehrfach eingereicht wurden oder völlig unrelevante Sachen gefordert werden. Wir erinnern auch noch mal daran, dass Bonner Anwälte keine Akten zur Einsichtnahme zugeschickt bekommen, sondern sie persönlich zur ARGE müssen. Auch sind das Auftreten und der Einsatz des Sicherheitsdienstes in der derzeitigen Situation für Erwerbslose kaum zumutbar. Mittlerweile kontrolliert diese private Firma schon die Personalausweise, obwohl Betroffene Einladungsschreiben von Sachbearbeitern haben. Im übrigen gibt es dazu keine rechtliche Handhabe. So behandelt man eigentlich keine „Kunden“. Es ist auch nicht hinnehmbar, wenn Ihre Mitarbeiter Ihren Kunden per Post Eingliederungsvereinbarungen zu senden – ohne das vorher ein Gespräch mit diesen stattgefunden hat – und sie mit Erinnerung an den Mitwirkungspflichten dazu verpflichtet werden sollen, ein Exemplar mit dem Passus zu unterzeichnen, dass mit einem die Eingliederungsvereinbarung besprochen wurde, unklare Punkte erläutert und die Rechtsfolgen verdeutlicht wurde. Es ist umso schlimmer, wenn derartige Post Menschen erhalten, die der deutschen Sprache kaum mächtig sind und ihren persönlichen Ansprechpartner zuvor niemals gesehen haben.

Abschließend weise ich darauf hin, dass von Seiten des Erwerbslosen Forum Deutschland ein hohes Interesse an einem gemeinsamen Gespräch zur sachlichen Auseinandersetzung besteht. Dies setzt jedoch voraus, dass ein berechtigter Protest gegen die in Ihrem Verantwortungsbereich liegende Verwaltungspraxis nicht schon im Vorfeld durch Sie diskreditiert wird.

Mit freundlichen Grüßen